

Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 25

Berlin, den 18. Juni 1932

3. Jahrgang

Fortschritte im Gas- und Wasserfach

Zur 73. Jahresversammlung des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern in Essen

II. (Schluß.)

Ueber „Fortschritte der industriellen Gasverwendung“ sprach Direktor Dipl.-Ing. O. Wolff (Essen). In großen Zinien zeichnete er die Wettbewerbsgrundlagen und den gegenwärtigen Stand des Wettbewerbs zwischen den verschiedenen Wärmeträgern in der Metallindustrie. Die Kohle sei nur für verhältnismäßig rohe Wärmeprozesse verwendbar. Mit dem Fortschritt der Vergütungsmethoden und der Entwicklung der Fließarbeit könnten nur die

modernen Wärmemaschinen Schritt halten, für deren Beheizung Gas, Elektrizität und Öl in Wettbewerb ständen. Zwischen diesen drei Energieträgern werde in Zukunft die Aufteilung der Wärmelieferung für die Fertigprozesse in der Industrie liegen. Nun mache zur Zeit die Elektrowärme in der Industrie sehr viel von sich reden, und man sei geneigt, ihr gerade für die Bearbeitung höherwertiger oder blanker Teile, die ohne Nachbehandlung weiterbearbeitet werden sollten, gewisse Vorteile zuzusprechen, die dem Gas als Wärmeträger angeblich nicht in gleichem Maße zu eigen seien. Tatsache sei aber, daß rein wirtschaftlich die Wettbewerbsfähigkeit sich so darstelle, daß ein Kubikmeter Gas etwa doppelt soviel kosten dürfe, wie die für den gleichen Zweck angebotene Kilowattstunde Strom (der Wärmeinhalt des Kubikmeter Gas ist ja etwa der Dierfache dessen der Kilowattstunde). Indessen habe die Entwicklung solcher Ofentypen, die das eingesezte Material entgegen dem Wärmestrom durchwandere, in letzter Zeit den Wärmeausnütungsgrad bei Gasbeheizung ebenfalls nahezu verdoppelt und also auch auf 60 Proz. und mehr gebracht. Die gasgefeuerten Öfen hätten den großen Vorzug, daß sie das Material nicht nur mit Wärme anstrahlten, sondern durch Berührung eines fließenden Wärmestromes mehr erwärmten.

„Die kontinuierlich arbeitende Wassergasanlage — Spätem Dintsch-Hillebrand der Hamburger Gaswerke G. m. b. H.“ befand sich an Hand zahlreicher Bilder und Zeichnungen Direktor Stief (Hamburg). Er ging aus von einer kurzen Schilderung der verschiedenen Vergasungsprozesse, um dann die Eigenart des kontinuierlichen Gasbetriebes damit zu vergleichen. Das Ausgangsmaterial für die vom Vortragenden beschriebene Anlage sei nicht Koks, sondern Braunkohlenbrikett. Es handele sich also um eine Kombination von Schmelzung und Vergasung, wobei die Schmelzgas in Wassergas umgewandelt würden.

Direktor Gehardt (Essen) behandelte das Thema „Gasverwendung im Gewerbe“. Er ging davon aus, daß die Verwendung des Gases im Gewerbe in den verschiedenen, oft verhältnismäßig nahe beieinander liegenden Orten noch sehr verschieden stark entwickelt sei, und führte dies in der Hauptsache auf zwei Ursachen zurück: Manche Gaswerke hätten noch gewisse Bedenken wegen der durch Gewerbegasverkauf zu befürchtenden Abgabeschwankungen, durch die sie nachteilige Rückwirkungen auf den Betrieb und damit letzten Endes auf die Gaselbstkosten erwarteten.

An Hand einiger Beispiele wies der Vortragende darauf hin, daß sich weder besonders hohe Tages- noch besonders hohe Stundenabgaben, selbst bei sehr starker Verwendung des Gases zu Heizzwecken oder im Gewerbe, ergäben, so daß jedenfalls keinerlei störende Abgabepizzen entstünden. Das Gasfach besitze ja auch in

der Speicherfähigkeit des von ihm gelieferten Brennstoffes, im Behälterraum und im Gasinhalt des Rohrnetzes verhältnismäßig große Ausgleichsmöglichkeiten, die sich namentlich gegenüber der Elektrizität außerordentlich vorteilhaft auswirkten und eine wesentlich großzügigere Absatzpolitik ermöglichen sollten. Der zweite Punkt, auf den die verschiedene Versorgungsichte der Gewerbe zurückgeführt werden müsse, sei die Unterschiedlichkeit der Tarife. Hier seien vom Tarifausschuß des Deutschen Vereins von

Gas- und Wasserfachmännern in der Beschreibung verschiedener Gastariffsysteme und ihrer Auswirkungen sorgfältige Vorarbeiten geleistet. Man möge aus den Forschungsergebnissen dieses Ausschusses nunmehr recht bald die Schlussfolgerungen ziehen, die Gewerbetarife, wo es notwendig sei, zu reformieren und namentlich in solchen Wirtschaftsgebieten auch für verschiedene Orte aneinander anzugleichen, in denen dem Gas regional zusammengefaßte Verteilungssysteme konkurrierender Energieträger, wie z. B. der Elektrizität, gegenüberständen. Prof. Dr. Hapo, Bruns-Gelsenkirchen, leitete in einem Rahmenreferat mit Schilbilden über „hygienische Probleme der Wasserversorgung an der Ruhr“ die wasserfachlichen Verhandlungen der diesjährigen Haupttagung des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern in Essen ein. Er streifte kurz die geschichtliche Entwicklung der Wasserwirtschaft an der Ruhr, dann charakterisierte er die Eigenart des Wasserbedarfs im Ruhrkohlengebiet und die hygienischen Forderungen, die zur Sicherung dieses Wasserbedarfs und für die Möglichkeiten der Bedarfsdeckung gestellt

Straßen

**Straßenwärter sind wir nur -
Doch immer nahe der Natur.
Vöglein singt im Chausseebaum,
Rabe fliegt wie schwerer Traum.**

**Straße zieht endlos dahin,
Und hat doch den tiefen Sinn:
Eint Berlin und eint Paris,
Ueber Berge, Strom und Ries.**

**Chaussee kommt von Rotterdam,
Steinfester Straßendamm.
Hamburg, Dresden, Prag und Wien:
Autos unsere Straßen ziehn.**

**Völkerstraßen, Völkerbund,
Erdball ist nur klein und rund.
Laßt uns alle Freunde sein,
Freuen uns im Sonnenschein!**

Max Dortu

werden müßten. Aus wirtschaftlichen und hygienischen Gründen sei eine allgemeine Trennung von Trinkwasser- und Gebrauchswasserleitungen unmöglich. Man müsse daher in den Wasserwerken dem Ruhrwasser alle erforderlichen Eigenschaften verleihen, die es für industrielle Verwertung, wirtschaftliche Verwendung und zu Trinkzwecken haben müsse. Die hygienische Ausgestaltung der Wasserversorgung wirke stark auf die Gesundheit der Bevölkerung und insbesondere auf die Typhusfrequenz ein. Daher nähmen die Wasserwerke eine besondere Stellung sowohl zu den wirtschaftlichen Verbänden als auch zum Verein zur Bekämpfung der Volkskrankheiten im Ruhrgebiet ein. Es folgten Vorträge von Dr.-Ing. e. h. Link (Essen) über „Talsperren und ihre Einwirkung auf die Wasserversorgung an der Ruhr“, von Direktor Dipl.-Ing. Nerretter (Essen) über „Wasserversorgung im mittleren Ruhrkohlenbezirk mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Essen“, und von Direktor Schmick (Gelsenkirchen) über „Die Wasserversorgung des Industriegebietes von Norden“. Regierungsbaumeister Kilm beschloß durch einen Vortrag über „Die Wasserversorgung des Ruhrkohlengebietes vom Rhein her“ die Reihe der wasserwirtschaftlichen Vorträge.

In Verbindung mit der Tagung des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern wurde im Haus der Technik in Essen die „Wasserfachliche Fachschau“ eröffnet. Die Ausstellung, die auch dem Laien manches Interessante bietet, befaßt sich u. a. mit der Einwirkung der verschiedenen Wasserarten auf das Rohrnetz, mit den Methoden der Untersuchung und Reinigung des Wassers und mit den Anforderungen, die an Wasser für industrielle Zwecke gestellt werden müssen.

Karl Hauße.

Krisenkongress des deutschen Kinos

Es waren keine rauschenden Feste mehr wie in den früheren Jahren, die die deutschen Lichtspieltheaterbesitzer zur Hauptversammlung ihres „Reichsverbandes“ vom 23. bis 26. Mai in Frankfurt a. M. zusammengeführt hatten. Es war schon mehr ein Krisen-Kongress, der sich von dem der Freien Gewerkschaften grundlegend schon allein dadurch unterschied, daß keinerlei Auswege aus der Krise aufgezeigt werden konnten.

Auch der noch friedliche Verlauf der Vorstandssitzung am ersten Tag konnte nicht über eine große Ratlosigkeit hinwegtäuschen, die das starke Anwachsen einer breiten radikalen Front begünstigt hatte. Es wurde zwar schon am ersten Tag die entschiedene politische Neutralität des Reichsverbandes betont, gleichzeitig aber auch erklärt, daß es diese unpolitische, neutrale Haltung des Reichsverbandes „selbstverständlich nicht verwehre, mit der NSDAP., als der größten deutschen Partei, in freundschaftlicher Fühlung zu bleiben, wie mit jeder anderen Partei.“

Die breite radikale Front des Reichsverbandes hat nun trotz aller Vertuschungsversuche große Erfolge davongetragen. Zwar ist nicht, wie man beinahe erwarten konnte, die ganze Tagung aufgefliegen; aber unter Führung des bayerischen Derbandsvorsitzenden Adolf Engl-München und des Pg. Johnson (Zeulenroda i. Th.) sind die „Derbandszellen“ der Nazis sehr stark angewachsen. Sie hielten zu gleicher Zeit in Frankfurt eine Tagung ab, die zeigte, daß die Zellenbildung in Mitteldeutschland, Baden, Württemberg und Bayern im Gegensatz zu Berlin innerhalb der Mitgliederreihen starken Fuß gefaßt hat. In der Delegiertenitzung des Reichsverbandes wurden denn auch verschiedene Vorstöße der „Aktivisten“ — so werden die Nazis zaghaft von der Filmpresse genannt — gemacht. Pg. Johnson machte dem Präsidenten, Kommerzienrat Scheer, den Vorwurf, daß man die Nazis nicht entsprechend ihrer Bedeutung und Größe einschätze. Offiziell erklärt die NSDAP. heute zu dem Auftreten ihrer Leute:

„Wer führt einen leidenschaftlichen Kampf gegen die Luftbarkeitssteuer, gegen die unerhörte Monopolstellung der Elektrokonzerne, gegen die Ausbeutung durch den Verleih und gegen das jüdische Filmkapital? Der Reichsverband bestimmt nicht, dafür aber die nationalsozialistischen Derbandszellen Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer. Besonders in der Delegiertenitzung zeigte sich, daß der Derbandsvorsitzende wenig Neigung verspürte, einen neuen Kurs einzuschlagen. Pg. Johnson stieß mit seinen Vorschlägen auf schärfsten Widerstand, um so mehr, als er konsequent seine Sache verfolgt und sich zu Kompromissen nicht herbeiließ ... usw.“

Man hat den Nazis noch einmal festen Widerstand entgegen-gesetzt. Der politische Neutralitätskurs bleibt vorläufig weiter die Reichsverbands-Lösung, und die Taktik war recht klug, den Nazis durch die Bildung einer Kommission aus ihren Führern Gelegenheit zu geben, einmal praktische Leistungen unter Beweis zu stellen.

Die Debatten in dieser Delegiertenitzung hatten ebenso wie die „Coulloirs“-Gespräche der einzelnen Gruppen größere Bedeutung als die eigentliche Hauptversammlung. Der Präsident des Reichsverbandes, Kommerzienrat Scheer, hielt eine vielbeachtete Rede, die neben einer unerwartet scharfen Niveaukritik der deutschen

Filmproduktion in folgenden Forderungen gipfelte: Sofortige gründliche Untersuchung der die Konfliktentwicklung hemmenden Patente, Zuziehung von Sachverständigen bei der geplanten Neu-regelung der Urheberrechte und eventuell Staatsaufsicht, umgehende Abänderung der Normativbestimmungen für die Luftbarkeitssteuer durch den Reichsrat, baldige Änderung und Lockerung der Ver-ordnung über Film-Ein- und -Ausfuhr u. a. Bemerkenswert war auch Scheers Bekenntnis zur republikanischen Staatsform:

„Wir sind gute Republikaner immer gewesen. Ich lege Wert darauf, dies gerade hier in der demokratischsten Ecke des Reiches zu betonen. Wir alle hatten auch Zeit genug, die Vorzüge und Nachteile des republikanischen Systems zu prüfen. Daß unser Volk sich aber dauernd damit abfindet, daß Parteien und Interessengruppen gerade die Auswüchse dieses Systems bei uns großziehen, daß überhaupt die Republik zusteht, wie überall da, wo sie imponierend und überzeugend auftreten muß, wo die Lebensbedin-gungen des Volkes zur Debatte stehen, gepflegt und verteidigt werden müssen, das Forum sofort zum Sammelplatz lauffriger Advokaten wird, die um eine Sache solange herumdisputieren, bis sie ihrer Partei liegt. Das glauben wir nicht und bringen auch nie Verständnis dafür auf.“

Zahlreiche Beschlüsse wurden gefaßt: Die Programmlänge fest-gelegt, ein Stargenabbau verlangt, zur Neukodifizierung des Urheberrechts machte man Vorschläge, besonders scharf wandte man sich gegen den Schmalfilm, die Herabsetzung des Jugendzuschalters von 18 auf 14 Jahre wurde gefordert und gegen jede Zensur-verschärfung nahm man energische Stellung.

Wie schon gesagt: positive Ergebnisse hat Frank-furt nicht gebracht. Was aber sind die Lehren? Wir müssen leider von einem Nazi-Sieg sprechen. Die Arbeit der Radikalen hinter den Kulissen ist immer gefährlicher und erfolgreicher gewesen als das offene Auftreten. Man kann unsere republikanischen Gruppen nicht von aller Schuld freisprechen. Sie sind schon allein dadurch gehandicapt, daß nicht auch sie ein genau durchgearbeitetes Filmprogramm vorweisen konnten wie die Nazis. Ja sogar ein eigenes Filmschiff haben diese zur Frankfurter Tagung heraus-gebracht und damit erkannt, daß die Bearbeitung der Film- und Kinoleute wichtiger, leichter und lohnender ist, als bei den Führern anderer Gewerbe. Wie überall versprechen sie auch hier alles.

Die Konsequenzen der Theatervorgänge für die Theaterbesitzer sind klar genug. Das offizielle Organ des Reichsverbandes spricht sie recht eindeutig aus: Die Delegiertenitzung hat Scheer gehuldigt, obwohl sie zu 60 Proz. hitlerisch gesinnt ist. Denn Scheer hat Beifall gerade damit gefunden, daß er im Fachverband jede Politik ablehnte. Wenn die übrigen Parteien, wenn die heutige Regierung, wenn alle verantwortlichen Instanzen dem deutschen Lichtspiel-wesen weiterhin ihre Teilnahmslosigkeit bekunden, wenn die Linke, auch die linksstehende bürgerliche Presse, die Reichsverbändler, das heißt die deutschen Lichtspielhäuser nicht unterstützt oder weiter ignoriert, dann sollen sie sich nicht wundern, welche Folgen sie zu spüren bekommen werden. Der Scheerkurs des RD. hält auf Unparteilichkeit. Der Scheerkurs wird vom Hitlerkurs abgelöst, wenn Öffentlichkeit und Presse dem deutschen Lichtspiel-haus nicht in letzter Stunde helfen. Spectator.

Verbandstag des englischen Verbandes der Gemeindearbeiter

Vom 16. bis 19. Mai fand der Kongress des englischen Gemeindearbeiterverbandes in Blackpool an der Westküste Englands statt, der diesmal eine besondere Note erhielt durch die starke Betonung politischer Fragen. Im Herbst hat die englische Arbeiterpartei eine unerhörte Niederlage erlitten. Nun ist aber die Verbindung von Partei und Gewerkschaft in keinem Lande so eng wie in Großbritannien, und von allen englischen Verbänden ist unser Verband dort wohl am stärksten politisch interessiert. Deshalb also nahm die poli-tische Diskussion einen so weiten Raum ein. Hinzu kam, daß der Verbandspräsident Clynes, der durch seine Tätigkeit als Innenminister verhindert worden war, an dem vorigen Kongress teilzunehmen, diesmal den Verbandstag leitete. Der Präsident eröffnete die Tagung mit sehr inter-essanten, hauptsächlich politischen Ausführungen. Aus den Verhandlungen sah man, wie leidenschaftlich die englische organisierte Arbeiterschaft den politischen Kampf führt, wie sehr sie durch den Abfall Macdonalds von der Arbeiterpartei aufgewühlt worden ist. So nahm der Kongress eine scharfe Resolution an, die jedem, der sich in der jetzigen Regierung als Arbeitervertreter ausgibt, dieses Recht abspricht und die fordert, daß keiner der Abtrünnigen jemals wieder in die Reihen der Genossen aufgenommen werden dürfe.

Ein englischer Kongress verläuft natürlich anders als ein deutscher. Am stärksten fällt auf, welche Autorität der Präsident besitzt, welche Disziplin die Delegierten wahren und wie beherrschend die Stellung des Generalsekretärs ist. Nun gehört freilich auch Clynes, der Präsident, zu den großen Figuren der englischen politischen Bewegung und der Ge-neralsekretär Thorne zu den bekanntesten Männern der englischen Arbeiterschaft. Er wurde als einziger Arbeiter-vertreter ohne Gegenkandidaten beim letzten Wahlkampf aufgestellt und war damit ohne Wahl gewählt. Auf dem Kongress erstattete er den Tätigkeitsbericht, d. h. er gab zu dem gedruckt vorliegenden 28 Seiten umfassenden Ge-schäftsbericht einige Erläuterungen. Die Mitgliederzahl ist infolge der Krise etwas zurückgegangen, das Vermögen aber dennoch gewachsen.

Eine längere Debatte entfesselte die Frage des Bildungs-wesens. Der Verband gab seither den Arbeiterbildungs-einrichtungen eine jährliche Unterstützung. Zum ersten Male wurde nun der Gedanke angeregt, wie auf dem Kontinent eigene Verbandsbildungseinrichtungen zu schaffen; doch wurde an dem seitherigen System diesmal noch nichts geändert.

Den größten Teil des Verbandstages nahmen die Statutenänderungen ein. 239 Anträge lagen vor. Sie betrafen aber alle nur Einzelheiten, die für den Außenstehenden bedeutungslos sind. Von allgemeinem Interesse war vielleicht der Antrag, daß Verbandsangestellte mit 65 Jahren zu pensionieren seien; er wurde aber abgelehnt. Der 1. Generalsekretär Thorne und der 2. Tevenan sind beide 74 Jahre alt.

Auf einem englischen Verbandstag gibt es nicht Referate zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, wie bei uns. Dafür liegen aber einige Resolutionen vor, die in der Regel von zwei oder drei dazu bestimmten Delegierten vertreten werden und die die Grundlage für die Diskussion bilden. Eine Resolution forderte Streichung der Kriegsschulden und Reparationen, eine andere Abrüstung, wieder eine andere die 40-Stunden-Woche ohne Lohnsenkung, eine weitere die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Rußland.

Der Verband unterhält einen eigenen Fonds für politische Zwecke, in den jährlich pro Mitglied 1,30 Mark gezahlt und aus dem die Kosten für die Wahl usw. der zwölf offiziellen Kandidaten bestritten werden. Bei der letzten Wahl hatten nur zwei Vertreter Erfolg; die zehn übrigen bleiben weiterhin die Verbandskandidaten. Interessant dürfte es sein, daß der Wahlkampf im Herbst den Verband rund 80 000 Mark kostete. Eine lebhaftige Diskussion entspann sich über den Ortsanteil an dem politischen Fonds. Er wurde auf 40 Proz. erhöht.

Der Verbandstag war umrahmt von einer Reihe von Festlichkeiten, die stets einen wichtigen Bestandteil des Kongresses bilden und bei denen auffiel, wie zahlreich die Frauen der Delegierten daran teilnahmen. V. Hartig.

Landstraßenwärter

67 749 Kilometer tschechoslowakisches Straßennetz. In der Tschechoslowakei wurden 67 749 Kilometer Landstraßen gezählt, die allerdings ungleich verteilt sind und deren Netz, nach Osten hin fortschreitend, immer loser wird. Sechzig Prozent der tschechoslowakischen Landstraßen, nämlich 35 287 Kilometer, entfallen allein auf Böhmen; Mähren-Schlesien verfügt über 15 502 Kilometer Straßen, in der Slowakei gibt es nur 14 355 Kilometer Landstraßen und in Karpathorußland gar bloß 2335 Kilometer, also rund ein Siebentel der Länge der mährisch-schlesischen Straßen, obgleich Karpathorußland etwa halb so groß ist wie Mähren-Schlesien. Die meisten der tschechoslowakischen Landstraßen stehen in der Verwaltung der Bezirke. In Böhmen und Mähren gibt es 44 827 Kilometer Bezirksstraßen, in der Slowakei 7405 Kilometer der sogenannten Dyzinalstraßen. Die Länge der Staatsstraßen beträgt 8583 Kilometer, davon sind 4425 Kilometer in Böhmen. Straßen in Landesverwaltung gibt es in der Slowakei und Karpathorußland 6624 Kilometer, in Böhmen 23 Kilometer, in Mähren-Schlesien keine.

E. P.

Aus unserer Bewegung

Gotha. Die Gothaer Gemeindeglieder der RGO hatten sich für den 4. Juni gleich zwei Kenner der russischen Verhältnisse als Referenten verschrieben, welche die Aufgabe hatten, die reine Wahrheit zu berichten. Die Art, wie diese Berichterstatter ihre gewonnenen Eindrücke von sich gaben, ließ vermuten, daß ihr Denkvermögen in demselben Tempo absiehte, wie sie sich von der Heimat entfernten. Die Schilderung der Abreise bis zur russischen Grenze konnte noch hingenommen werden. Dann aber wurde alles unglaublich phantastisch. Wenn die Berichte unverfälscht wiedergegeben wurden, dann ist es in Rußland möglich, die Bevölkerungszahl einer Stadt innerhalb 3 Jahren von 25 000 auf 200 000 und in den nächsten 1½ Jahren auf 2 Millionen zu erhöhen. Daß ferner in den letzten 3 Jahren 25 000 Kilometer Eisenbahn gebaut wurden, wird mit einer geradezu faszinierenden Kaltblütigkeit berichtet. Der ungeheueren Bevölkerungszuwachs sei die Ursache, daß die Lebensmittel rationalisiert werden mußten; denn es wäre nicht möglich gewesen, genügend Lebensmittelgeschäfte zu schaffen. Von den ehemals 90 Proz. Analphabeten ist jetzt — o, glückliches Rußland — nur noch 2 Proz. das Lesen und Schreiben zu lehren. Daß es hunderttausende verwaiste Kinder gibt, sei die Schuld dieser selbst, weil ein geregelteres Leben in Heimen den Kindern unerträglich sei. Daß in allen Betrieben rote Tafeln, welche die Namen der leistungsfähigen Arbeiter tragen, aber auch schwarze Tafeln angebracht sind, auf welchen die weniger leistungsfähigen glänzen

müssen, findet man ganz selbstverständlich und das ist beileibe nicht als Antreiberei aufzufassen. Der Lohn des Arbeiters bewegt sich zwischen 100 und 800 Rubel; jedoch sei mit 100 Rubel das Existenzminimum gesichert. Ein Zwischenrufer wollte wissen, wie diejenigen Arbeiter ihr Geld anlegen, welche bis zu 800 Rubel verdienen. — Der Redner erklärte, daß sie sich dafür die „auskömmlich“ rationalisierten Waren im freien Handel zu sehr hohen Preisen kaufen. Der russische Bonze erhält monatlich 300 Rubel ohne Pensionsberechtigung. Der Arbeiter hingegen, wie oben gesagt, bis zu 800 Rubel mit Pensionsberechtigung. Kommentar zu diesem Kindergeschwätz nicht angebracht.

R.

RUNDSCHAU

Was bedeutet für die städtischen Arbeiter eine Linksmehrheit im Stadtparlament? In dem Städtchen Stadtoldendorf, im Lande Braunschweig, hatte vor einigen Jahren eine Linksmehrheit, während der Amtszeit des sozialdemokratischen Bürgermeisters Röder, einen Beschluß gefaßt, nach dem entsprechend den Richtlinien des mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes, sämtlichen invaliden Arbeitern ein Zuschuß zur Rente gezahlt wurde. Nach Ablauf der Amtszeit des sozialdemokratischen Bürgermeisters, der mit Hilfe der KPD nicht wieder gewählt wurde, war es für den Nazi-Minister Klages in Braunschweig an der Zeit, die Stelle mit einem Parteibuchbeamten seiner Couleur zu besetzen. In der „Landeszeitung“ vom 10. Mai saate Minister Klages in einem Artikel gegen den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Böhm, Braunschweig, daß der Bürgermeister Pieperbeck, Stadtoldendorf, bewiesen habe, daß in einem braunschweigischen Gemeinwesen ein Ausgleich des Haushalts möglich sei, und daß Oberbürgermeister Böhm als Sozialdemokrat wenigstens versuchen solle, was einem Nationalsozialisten gelungen sei. Die erste Heilident dieses Herrn Pieperbeck bestand nun in der restlosen Streichung dieser oben angeführten Ruhelöhne. Also Herr Pieperbeck gleich seinen Etat auf Kosten der städtischen Arbeiter aus. Fürwahr, eine stolze Tat eines Arbeitervertreters. In der Stadt Seelen ist auch eine Linksmehrheit vorhanden, hier wurden vor kurzem 3 Kollegen, die das 65. Lebensjahr überschritten hatten, abgebaut. Der Rat der Stadt erklärte, daß für Ruhelohn kein Geld vorhanden sei, denn der ehemalige Staatskommissar habe für solche Sachen kein Geld bereitgestellt. Dieses machte jedoch unsern Vorsitzenden der Ortsverwaltung keine Kopfschmerzen. Kollege Steinhoff verfaßte einen entsprechenden Antrag, fügte die Richtlinien bei und sandte dieses an die Stadtverordnetenversammlung. In der Sitzung wurde der Antrag von der SPD-Fraktion begründet und siehe da, selbst die Nazis, 2 Mann an der Zahl, stimmten für die Ruhelohnordnung. Da sieht man die Doppelzüngigkeit der Nazis. Sind sie in der Minderheit, wird für alles gestimmt, sind sie jedoch in der Mehrzahl oder haben sie die Macht, dann wird rücksichtslos gestrichen. Kollegen sorgt in allen Orten dafür, daß die einzige Partei, die für die Interessen der Arbeiterchaft eintritt, die Sozialdemokratische Partei, die Mehrheit erhält, dann seid ihr gewiß, daß wenn ihr einig abgearbeitet und alt seid, für euch gesorgt wird. Nicht warten bis zur nächsten Wahl, sondern immer und ununterbrochen muß gewonnen werden, für die Interessen der Arbeiterchaft, für die freien Gewerkschaften und die SPD. Auch der letzte Mann muß bei uns organisiert sein, erst dann ist der Sieg unfer.

Nationalsozialisten gegen Regiebetriebe. Im Sächsischen Landtag hat die Frage der Aufrechterhaltung der Regiebetriebe erneut eine Rolle gespielt. Die SPD bemühte sich, eine auf einen früheren Landtagsbeschluß gestützte Verordnung der sächsischen Staatsregierung, die sich gegen bestimmte Regiebetriebe wendet, aufzuheben. Es wurde weiter in diesem Antrag von der Regierung gefordert, der unsachlichen Heße gegen die Regiebetriebe der Gemeinden nachdrücklich entgegenzutreten. Der Antrag der SPD-Fraktion fand keine Mehrheit. Auch die Nationalsozialisten, die sich nicht genug als Interessensvertreter der Beamten, Angestellten und Arbeiter in den öffentlichen Betrieben anpreisen können, stimmten gegen den Antrag. Dem Bericht über diese Landtagsitzung geben sie in ihrem Landesorgan, dem „Freiheitskampf“, Nr. 122, 2. Jahrg., S. 3, die Ueberschrift: „Schluß mit den Regiebetrieben“. Wörtlich wird in dem Bericht gesagt:

„Die Sozialdemokratie, von der man sagt, daß sie noch von einigen hoffnungslos vertrottelten Mittelständlern gewählt wird, zeigte wiederum ihr mittelstandsfreudiges Herz, indem sie verlangte, der „unsachlichen Heße gegen die Regiebetriebe entgegenzutreten.“ — Wir Nationalsozialisten wollen nicht nur die gemeindlichen, sondern auch die staatlichen Regiebetriebe unterbinden.“

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Regiebetrieben erschen aus diesem Verhalten, wie wenig ernst es die Nationalsozialisten mit ihren leicht ausgesprochenen Versprechungen nehmen. Die Stellungnahme der nationalsozialistischen Abgeordneten bedeutet einen Angriff auf die Existenz der in Regiebetrieben Beschäftigten. Das sollte vor allen Dingen denen gesagt werden, die sich inzwischen von der nationalsozialistischen Propaganda betören ließen.

O. K.

GARTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Zur behaupteten Tarifunfähigkeit des Reichsverbandes

Der Reichsverband des deutschen Gartenbaues vertritt seit einigen Jahren gelegentlich den Standpunkt, nicht „tariffähig“ zu sein. Es geschieht das immer dann, wenn er aus inneren Organisationschwierigkeiten heraus oder aus sonstigen taktischen Gründen einer tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse aus dem Wege gehen oder von einer solchen loskommen möchte. Derartige Bemühungen wurden auch wieder bei Tarifverhandlungen in diesem Frühjahr in einigen Bezirken unternommen. Ihnen war jedoch ein Erfolg nicht beschieden; denn es ist in jenen Orten wieder zum Abschluß der Tarifverträge gekommen. Deshalb soll auf die einzelnen Vorgänge hier nicht näher eingegangen werden, aber es erscheint angebracht, zur Sache selbst einiges zu sagen und festzustellen.

Bei der Austragung eines früheren Streitfalles wurde vom Reichsverband des Deutschen Gartenbaues (Schreiben vom 20. Dezember 1930) erklärt, er vertrete die Auffassung, daß die endgültige Entscheidung über die Tariffähigkeit des Reichsverbandes und seiner Landesverbände von den Gerichten und nicht von Verwaltungsbehörden zu treffen sei. Aber es ist doch sehr beachtenswert, daß bei dieser grundsätzlichen Auffassung der Reichsverband als solcher sich bisher sehr gehütet hat, eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Gelegenheit dazu haben wir ihm schon des öfteren gegeben. Man hat es wohlweislich nur erst mal einer Ortsgruppe überlassen, die Frage der Tariffähigkeit gerichtlich klarzustellen. Diese auch von uns sehr gewünschte Klarstellung erfolgte im Jahre 1929 durch das Landesarbeitsgericht Berlin (Aktenzeichen der Entschgd. 102 S. 44/29), und in den Entscheidungsgründen dieses Urteils wird ausgeführt, daß die Tariffähigkeit nicht deshalb verneint werden könne, weil Personen in leitender Stellung die Mitgliedschaft erwerben können. Auch aus den Aussagen des Reichsverbandes könne die Tarifunfähigkeit nicht hergeleitet werden.

Nach dieser Abfuhr hat der Reichsverband es noch nicht gewagt, bei den verschiedenen sich ihm gebotenen Gelegenheiten eine gerichtliche Entscheidung zu veranlassen, ein Beweis dafür, daß man im Reichsverbande an die „guten Gründe“ der vertretenen Auffassung selbst nicht glaubt.

Obgleich in jener Erklärung den Verwaltungsbehörden das Recht abgesprochen wird, Entscheidungen über seine Tariffähigkeit zu treffen, hat doch der Reichsverband in einem späteren Streit um die Tariffähigkeit des Landesverbandes Ostpreußen in einem sehr länglichen Schriftsatz an das Reichsarbeitsministerium den Versuch unternommen, diese Verwaltungsbehörde von seiner Unfähigkeit zum Abschluß von Verträgen mit Arbeitnehmern und deren Organisationen zu überzeugen. Man hat geglaubt, das durch eine Darlegung der Entwicklung der Organisationen der gärtnerischen Arbeitgeber zum heutigen Reichsverband des deutschen Gartenbaues zu erreichen.

Dabei sind natürlich, wie üblich, durchaus schiefe Darstellungen und Auslegungen zur Anwendung gekommen. Da nun anzunehmen ist, daß dieses zurechtgebredete Material immer wieder verwendet wird, erscheinen uns einige Richtigstellungen angebracht.

In dem genannten Schriftsatz wird gesagt: „Im Jahre 1925 schlossen sich die Landschaftsgärtner zum „Reichsbund der Gartenausführenden“ zusammen. Von jeher gehörte zu den wesentlichen Aufgaben der Vereinigungen, die sich in diesem Reichsbunde zusammenschlossen, die direkte Einflußnahme auf die Gestaltung der Tarif- und Lohnverhältnisse.“

Da es verschwiegen wurde, so möchten wir feststellen, daß das gleiche schon seit jeher auch für die im Reichsverband zusammengeschlossenen Handelsgärtner galt, daß aber die Charakterisierung der Landschafts-Dereinigungen als „reine Arbeitgeberverbände“ nicht zutrifft. Ihr Aufgabengebiet entsprach und entspricht durchaus dem der Handelsgärtnerverbände.

Es wird dann weiter ausgeführt: „Die Eingliederung des Reichsbundes der Gartenausführenden (die also erst 1925 erfolgte) führte zwangsläufig dazu, daß die Verwaltung des Reichsverbandes die Lohnbewegungen in der Landschaftsgärtnerei beobachtete und das entsprechende tarif- und lohnpolitische Material sammelte“. Tatsächlich ist das schon früher stets geschehen, sowohl

für die Landschaftsgärtnerei als auch im besonderen für die Handelsgärtnerei. „Eine direkte Einflußnahme auf die Gestaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen, die die Hauptaufgabe der reinen Arbeitgebervereinigungen bildet, ist jedoch unterblieben, als die Lohnbewegungen durch den „Gesamtverband“ bzw. seinen Vorgänger, den „Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter“ auch an die anderen Unterverbände des Reichsverbandes herangetragen wurden“. Daß diese Darstellung vollständig falsch ist, bedarf keines besonderen Nachweises. Solange wir Arbeitnehmer uns gewerkschaftlich betätigen, haben wir unsere Lohn- und Tarifbewegungen stets an die jeweiligen Handels- und Landschaftsgärtnerorganisationen herangezogen, und der Reichsverband bzw. seine Vorgängerorganisationen haben dabei stets eine führende Rolle gespielt. Es sei nur ein Beispiel genannt: Die Arbeitsgemeinschaft in den Jahren 1918/20.

Es wird dann geschildert, wie man im Reichsverbande die in Betracht kommenden Fragen „geprüft“ hat und wie man zur Gründung „selbständiger Arbeitgebergemeinschaften im „Bedarfsfälle“ gekommen ist.

Ferner wird der Antrag des Präsidiums an den Hauptausschuß erwähnt, der empfiehlt, „auf Vorschlag der vom Hauptausschuß eingesetzten Arbeitsrechtskommission nach sorgfältiger Prüfung aller Gesichtspunkte auch im Gartenbau die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Tarifvertrag zu regeln.“

Weiter wird in dem Satz: „Soweit Landesverbände und Bezirksgruppen zurzeit tatsächlich gebunden sind“ zugegeben, daß diese bisher eben die Funktionen eines Arbeitgeberverbandes ausgeübt haben. Und die Praxis der „bei Bedarf“ gegründeten Arbeitgebervereinigungen des Reichsverbandes hat, so vor allem in Westfalen, bewiesen, daß diese Gründungen nur Theater und Manöver waren. Die vorgesehene Personalunion in den Vorständen der angeblichen Arbeitgebervereinigungen einerseits und der Landesverbände andererseits sowohl wie die Uebernahme der Aufgaben einer vorgesehene „Reichsarbeitsgebergemeinschaft“ durch die Abteilung für Arbeitsrecht im Reichsverbande beweisen, daß dessen Arbeitgebervereinigungen vorgetäuschte Gebilde sind. Der entscheidende Einfluß ist zweifellos beim Reichsverbande verblieben, dieser treibt also auch seine eigene Tarifpolitik.

In dem Schriftsatz des Reichsverbandes heißt es dann weiter: „Am 6. Januar 1930 wurde die Austauschstelle der Arbeitgebervereinigungen im deutschen Gartenbau gegründet. Beim Reichsverband verblieben die sozialpolitischen Fragen, während von der Austauschstelle die tarif- und lohnpolitischen Fragen übernommen wurden. Damit sind die Aufgabengebiete klar voneinander abgegrenzt.“ Daß auch diese Darstellung nicht wahr ist, beweist u. a. das Schreiben des Reichsverbandes an den Syndikus Kinne in Erfurt vom 24. Mai 1930. (Vergl. Öffentlicher Dienst 1930 Nr. 51/52, Spalte 613—14.) In diesem Brief wird vom Reichsverband die Frage aufgeworfen, ob „eine Gewerkschaft bzw. eine Gewerkschaftsgruppe, die nach außen hin als Organisation der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe auftritt, als Tarifkontrahent für Tarifverträge mit Erwerbsgartenbaubetrieben noch in Frage kommen kann.“ Dieses Schreiben war von dem Angestellten des Reichsverbandes, Siegmund, unterzeichnet.

Die Dinge, so ins rechte Licht gerückt, lassen lediglich eine gewollte Unverantwortlichkeit und Ungebundenheit in tariflichen Angelegenheiten erkennen, zugleich aber doch auch die unmittelbare und weitgehendste Einflußnahme auf die Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. Diese aber ist entscheidend für den Rechtsbegriff der Tariffähigkeit einer Organisation.

Aus den Ortsfachgruppen

Fachgruppe Frankfurt a. M. Ausflug nach Bad Kreuznach am 26. Juni 1932 zum gemeinschaftlichen Besuch der Rosenausstellung. Abfahrt für Frankfurt a. M. 6.46 Uhr, für Wiesbaden 7.12 Uhr, für Mainz 7.34 Uhr. Treffpunkt 8.30 bis 9.30 Uhr im Lokal „Gambrinus“, Bad Kreuznach, Kreuzstraße.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michaelstraße 4
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO 16, Michaelstraße 4